



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

unser Bundesparteitag in Berlin war ein großer Erfolg. Die Aufholjagd für die Bundestagswahl 2013 hat begonnen. Wir haben wichtige inhaltliche Entscheidungen getroffen. Unser Kurs stimmt. Bei uns stehen die Menschen im Mittelpunkt und nicht der Markt. Wir kämpfen gemeinsam dafür, die Regierung Merkel abzulösen. Und mit unserer Parteireform werden wir uns für neue Unterstützer öffnen und die SPD zur modernsten Partei Europas machen.

Wir können gewinnen. Das haben die erfolgreichen Landtagswahlen der vergangenen zwei Jahre gezeigt. Nach der letzten Bundestagswahl gab es acht Landtagswahlen. Achtmal kamen wir in die Regierung, sechsmal stellen wir den Regierungschef. Angefangen hat es bei uns in Nordrhein-Westfalen. Diese guten Resultate sind zusammen mit klaren inhaltlichen Positionen eine entscheidende Grundlage. Und das, was wir auf dem Bundesparteitag beschlossen haben, sind die Eckpfeiler unserer künftigen Politik und die Basis unseres Wahlprogramms: Wir wollen die Finanzmärkte regulieren und in ihre Schranken weisen. Wir wollen mehr Chancen und bessere Startbedingungen für alle Menschen, vor allem für Kinder und Jugendliche. Bildung und Gesundheit dürfen nicht von der Herkunft und dem Einkommen abhängig sein. Wir werden kein Kind mehr zurücklassen. Wir stehen für die Bürgerversicherung und eine moderne Familienpolitik. Wir brauchen ein gerechtes Steuersystem und gezielte Investitionen. Das gilt für die Bundesebene, die Länderebene und die Kommunen.

Von zentraler Bedeutung für eine gute Entwicklung in NRW ist die gezielte Unterstützung der Kommunen. Das Versprechen, die Kommunen nicht im Stich zu lassen, haben wir in NRW nach der Landtagswahl konsequent umgesetzt. Nun hat der Bundesparteitag unsere Linie mit großer Mehrheit bestätigt. Die Städte und Gemeinden bilden das Fundament unserer Demokratie. An keiner anderen Stelle nehmen die Bürgerinnen

und Bürger Politik direkter wahr. Für die Kommunen ist es ein wichtiges Signal, dass die FDP nach intensiven Verhandlungen angekündigt hat, unser rot-grünes Gesetz zum „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zu unterstützen. Wir werden den Kommunen dabei helfen, finanziell wieder auf die Beine zu kommen. Gleichzeitig gilt: Dieser Pakt ist ein Stärkungspakt, kein Rettungspakt. In einem ersten Schritt erhalten die 34 Kommunen mit den größten Haushaltsproblemen noch in diesem Jahr 350 Millionen Euro zur Sanierung ihrer Finanzen. Gleichzeitig verpflichten sie sich mit eigenen Sparanstrengungen, ihre Haushalte in wenigen Jahren auszugleichen. Für Sozialdemokraten ist aber klar: bei allem Konsolidierungsdruck darf es keine betriebsbedingten Kündigungen oder einen Stopp bei der Ausbildung in den Kommunen geben. Und aus unserer Sicht führt auch kein Weg daran vorbei, dass sich finanzstarke Städte an den Hilfen für finanzschwache Kommunen solidarisch beteiligen. Nur so können wir die schwierige Lage der Städte und Gemeinden langfristig verbessern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach einem intensiven und erfolgreichen Jahr für die NRWSPD, möchte ich mich noch einmal ganz herzlich bei euch allen für die großartige Unterstützung bedanken. Ihr seid die Basis unseres gemeinsamen Erfolges. Mit eurer Hilfe werden wir Nordrhein-Westfalen auch im kommenden Jahr Stück für Stück stärker, sozialer und gerechter machen. Ich wünsche euch und euren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2012.

Eure Hannelore

„GEZIELTE HILFE STATT GIESSKANNE“

INTERVIEW MIT RALF JÄGER, MINISTER FÜR INNERES UND KOMMUNALES, ZUM STÄRKUNGSPAKT STADTFINANZEN

Die finanzielle Lage vieler Kommunen ist dramatisch, den meisten steht das Wasser bis zum Hals. Vor einigen Wochen hat erstmals eine Bank angekündigt, keine Kredite mehr an Kommunen im Nothaushalt zu vergeben. Ist die Insolvenz einiger Kommunen überhaupt noch zu vermeiden? Ja! Vorausgesetzt, wir handeln, und zwar sofort und nachhaltig. Die Zahl der anbietenden Banken für kommunale Kredite scheint kleiner geworden zu sein. Das jedenfalls ist unser Eindruck aus Gesprächen mit Kämmerern. Welche Dynamik hinter dem Problem der Liquiditätskredite steckt, sieht man an diesen Zahlen: Von 2005 bis 2010 haben sich die Liquiditätskredite aller NRW-Kommunen mehr als verdoppelt. Das Minus auf ihren Girokonten stieg aktuell auf 21 Milliarden Euro. Deshalb brauchen wir dringend eine Lösung. Ich bin froh, dass auch Union und FDP, die das Thema Kommunalfinanzen während ihrer Regierungszeit sträflich vernachlässigt haben, inzwischen den Handlungsdruck anerkennen. Wir streiten nicht mehr über das „Ob“ der Hilfe für die Kommunen, sondern nur noch über das „Wie“ einer gerechten Lösung.

Reicht der Stärkungspakt Stadtfinanzen hierfür aus? Der Stärkungspakt Stadtfinanzen ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Baustein im Gesamtplan der Landesregierung zur Sanierung der Kommunalfinanzen. Insgesamt haben wir bereits rund eine Milliarde Euro in Richtung Kommunen umgeschichtet. Anders als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung ziehen wir die Kommunen nicht mehr zur Konsolidierung des Landeshaushalts über das Gemeindefinanzierungsgesetz heran. Außerdem werden die Gemeinden wieder an der Grunderwerbssteuer beteiligt. Dadurch erhalten sie seit 2010 jährlich insgesamt rund 300 Millionen Euro zusätzlich. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 werden wir – auch Dank der guten Steuerentwicklung – sogar die Rekordsumme von 8,4 Milliarden Euro auszahlen. Niemals zuvor hat eine Landesregierung mehr Geld für die Kommunen bereitgestellt. Es kommt allen Kommunen in NRW zugute. In einem weiteren Schritt haben wir § 76 der Gemeindeordnung geändert und den Konsolidierungszeitraum von vier auf zehn Jahre verlängert. Dadurch können Kommunen intelligente Sparkonzepte entwickeln, auch wenn sie erst mittelfristig zu sichtbaren Spareffekten führen. Hierdurch werden sinnvolle Investitionen zum Beispiel in energetische Gebäudesanierung oder Jugendhilfe möglich. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen geht es nun darum, gezielt den Kommunen zu helfen, bei denen die Not am größten ist. Dafür stellen wir jährlich 350 Millionen Euro aus Landesmitteln bereit. Wir würden gerne allen auf einmal helfen. Dazu reichen die Landesmittel aber nicht aus.

Die CDU-Fraktion bietet den Kommunen die doppelte Summe an: Eine Zins- und Entschuldungshilfe in Höhe von 700 Millionen Euro jährlich. Die CDU-Forderungen sind in doppelter Hinsicht unseriös. Die CDU will eine einfache Zinshilfe für möglichst viele, ohne einen Haushaltsausgleich einzufordern. Das ist das Prinzip Gießkanne und führt nicht zu Verhaltensänderungen bei kommunalen Haushalten. Und dann verspricht die CDU mehr Geld und bleibt nebulös, wie es finanziert werden soll. Einzige konkrete Ideen der Konservativen sind Wiedereinführung von Studiengebühren und höhere Kita-Gebühren. Wir wollen aber keinesfalls Kinder und Studenten gegen die Kommunen ausspielen.

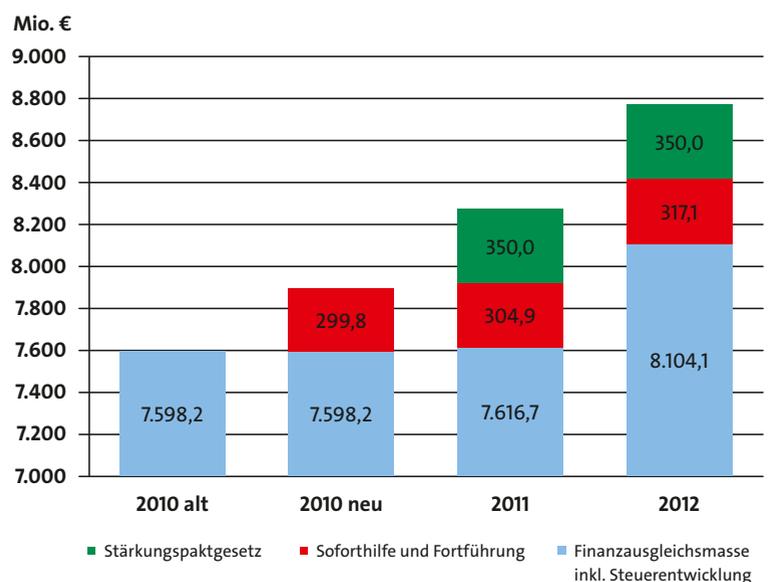
Überschuldete Kommunen beklagen aber bereits heute, dass sie trotz der von der Landesregierung in Aussicht gestellten Hilfe das Sparziel nicht erreichen können. Wir wussten von Anfang an, dass dies kein leichter Weg für die teilnehmenden Kommunen wird. Aber dieser Weg lohnt sich. Es geht schließlich darum, das eigenverantwortliche Handeln vor Ort zu stärken und Gestaltungsspielräume wieder zu erlangen. Eines ist klar: Keine Kommune soll unter die Wasserlinie gedrückt werden. Harter Sparkurs ja, sich kaputt sparen nein. Ich glaube, dass man vor Ort keine Behauptungen aufstellen sollte, solange man nicht auf Grundlage unserer Hilfen einen konkreten Konsolidierungsplan erstellt hat. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von verantwortlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, dass sie sich der Aufgabe stellen, die Finanzen in den Griff zu bekommen. Es gilt: Keine Kommune wird auf ihrem steinigen Weg zum Haushaltsausgleich alleine gelassen. Um individuelle Lösungen zu finden, bieten wir den Betroffenen den Rat einer Taskforce an. Diese werden wir extra zu diesem Zwecke einrichten. Ich empfehle, auf diese Hilfe zuzugreifen. Ziel ist es, zügig nachhaltige Sparkonzepte zu erarbeiten.

Einige Kommunen haben bereits angekündigt, sich gegen eine Solidaritätsumlage auf dem Klagewege zu wehren. Werden reichere Städte dafür bestraft, dass sie gut gewirtschaftet haben? Wir wollen nicht die bestrafen, die sich finanzpolitisch ange-



strengt haben. Deshalb betrachten wir diejenigen, die hohe Steuerkraft bzw. niedrige Soziallasten haben und daher in der Lage sind, einen Solidaritätsbeitrag zu leisten. Der pauschale Vorwurf, die überschuldeten Kommunen hätten ihre Situation durch Misswirtschaft selbst verursacht, trägt nicht. Viele Kommunen werden vom explosionsartigen Anstieg der Soziallasten erdrückt. Es liegt auch im Interesse aller Kommunen, dass das kommunale Finanzsystem erhalten bleibt. Sonst steigen die Zinsen für alle. Mit einer gezielten Konsolidierungshilfe in Höhe von 350 Millionen Euro jährlich bis 2020 geht das Land an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Ergänzend brauchen wir die Solidarität der kommunalen Familie. Eines ist aber auch klar: Alle unsere Kraftanstrengungen können nur dann ihre volle Wirkungskraft entfalten, wenn auch der Bund seiner Verantwortung nachkommt und die Kommunen bei den Soziallasten stärker unterstützt. Dafür kämpft NRW in Berlin! ■

Entwicklung der Finanzausgleichsmasse in den Gemeindefinanzierungsgesetzen (zuzüglich Stärkungsmittel)



Guntram Schneider, Minister für Arbeit,
Integration und Soziales des Landes
Nordrhein-Westfalen

VIelfalt ist Stärke

NRW GEHT BEI DER INTEGRATION VORAN

Viel zu lange haben wir in der Integrationspolitik in Begriffen wie „WIR“ und „IHR“, „Aufnahmegesellschaft“ und „Mehrheitsgesellschaft“ verharrt. Ein solches Denken wollen wir überwinden: Es gibt keine deutsche Leitkultur, in die sich Menschen mit Migrationshintergrund zu „integrieren“ haben, es kann nicht darum gehen, dass eine Minderheit in einer vermeintlichen Mehrheit vollständig aufgeht.

Grundlage des Zusammenlebens in NRW ist die deutsche Sprache als Verkehrssprache sowie die Beachtung der Rechtsordnung – und das gilt für alle Menschen in diesem Land, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der nur gelingen kann, wenn alle Einwohnerinnen und Einwohner Nordrhein-Westfalens daran mitwirken. Als erstes Flächenland wollen wir mit unserem „Teilhabe- und Integrationsgesetz“ nun Verbindlichkeit und Klarheit in der Integrationspolitik schaffen.

Mit der Förderung von Kommunalen Integrationszentren (KIZ) werden zwei erfolgreiche Ansätze und Strukturen zusammengeführt: Die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), die sich für Chancengleichheit im Bildungswesen einsetzen, und die Elemente „Vernetzung und Koordinierung“ der Integrationsarbeit der kommunalen Infrastruktur und der freien Träger aus dem erfolgreichen Landesförderprogramm „KOMM IN – NRW“. Damit wird die Bildung als zentrales integrationspolitisches Handlungsfeld und die Koordinierung und Vernetzung der Integrationsarbeit vor Ort gestärkt.

Der aktive Beitrag der Migrantenorganisationen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt soll durch ihre gesetzliche Verankerung anerkannt werden. Damit übernehmen Migrantinnen und Migranten auch eigene Verantwortung für das Gelingen ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und Integration. Die Landesregierung will zudem den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöhen. Damit soll die Leistungsfähigkeit von Behörden, der kompetente Umgang mit Viel-

falt und die Identifikation der Menschen mit Migrationshintergrund mit staatlichen Stellen mittelbar erhöht werden.

Das Teilhabe- und Integrationsgesetz ist als Artikelgesetz konzipiert. Das heißt, im Hinblick auf verschiedene bereits existierende Landesgesetze wie beispielsweise das Schulgesetz oder das Landesaltenpflegegesetz werden Normen ergänzt bzw. verändert, die auf die verbesserte Teilhabe und die Stärkung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ausgerichtet sind. Ziel dieser Maßnahmen ist, für unsere „Willkommenskultur“ in Sachen Integration endlich auch die nötige „Willkommensstruktur“ zu schaffen. Vielfalt ist Stärke – gerade in der Integrationspolitik! ■ GuntramSchneider

TERMINHINWEISE ZUM INTEGRATIONSGESETZ

Der **Arbeitskreis Migration und Integration der NRWSPD** organisiert im Januar vier Veranstaltungen zum Integrationsgesetz. Diese werden in Bielefeld, Bochum, Duisburg und Köln stattfinden. Die genauen Termine könnt ihr in Kürze auf unserer Internetseite unter www.nrwspd.de abrufen. Wer in den Einladungsverteiler aufgenommen werden möchte, kann sich direkt per E-Mail an Katja.Kleegraefe@spd.de wenden.

Gerne weisen wir auch auf die **Jahrestagung des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung** am 10. März 2012 hin. Die Jahrestagung wird sich 2012 schwerpunktmäßig ebenfalls mit dem Integrationsgesetz beschäftigen. Die Eröffnung der Konferenz erfolgt durch Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW.

**DIE NRWSPD
GRATULIERT
IM DEZEMBER ...**

... ZUM GEBURTSTAG

- 100 Jahre:** Anna Helmreich
- 99 Jahre:** Herma Gottschalk
Kurt Pöstgens
- 98 Jahre:** Minna Donzelmann
Gertrude Neubauer
Hans Rudersdorf
- 97 Jahre:** Walter Freyth
Friedrich Fritsch
Hans Gesenberg
Hans Gondzik
Thomas Grochowiak
- 96 Jahre:** Else Böhlinger
Hedwig Rösch
Wilhelm Schäfer
Erna Schulten
- 95 Jahre:** Elli Krüger
Maria Lettau
Frieda Moises
Elly Reiss

**... ZUR LANGJÄHRIGEN
MITGLIEDSCHAFT**

- 65 Jahre:** Reinhold Hasenbäumer
Ursula Hild
Lucie Lemkemeyer
Günter Schmidtsiefer
- 60 Jahre:** Hermann Wolf
- 55 Jahre:** Heinz Borbe
Willi Budde
Gerhard Pribbernow
Willi Reese
- 50 Jahre:** Wolfgang Artmann
Peter Latsch

Der nächste Vorwärts erscheint im Februar.
Im Januar gibt es eine Online-Ausgabe mit den
Jubilaren und den Januar-Geburtstagskindern.
Link: www.nrwspd.de/vorwaerts

**NRWSPD WILL DEMOKRATISCHE ENTWICKLUNG IN TUNESIEN UNTERSTÜTZEN
MITMACHEN AUSDRÜCKLICH ERWÜNSCHT.**

Die sogenannte Arabellion hat unsere arabischen Nachbarstaaten im Mittelmeerraum in den vergangenen Monaten dramatisch verändert – auch für viele von uns verbindet sich damit die Hoffnung auf eine humane und demokratische Entwicklung. Am weitesten vorangekommen ist dabei Tunesien. Diese Entwicklung ist allerdings nicht selbstverständlich.

Mittlerweile entstehen auch in NRW Initiativen, die die demokratische Entwicklung in Tunesien stärken wollen. So auch in Wuppertal. Dort hat sich ein Verein gegründet, der mit einer engagierten Partnerorganisation in Tunesien konkrete Projekte nachhaltiger regionaler Entwicklung voranbringen will. Vorsitzender ist der SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Bell, der sich in den letzten Monaten ein eigenes Bild der Situation in Nordtunesien machen konnte. „Die Armut der Landbevölkerung ist dramatisch. Zudem sind Teile der Infrastruktur wie Schulen und Krankenstationen in katastrophalem Zustand. Aber mindestens genau so erschreckend ist, dass die lange Zeitspanne des autokratischen Regimes von Machthaber Ben Ali und seiner lokalen Statthalter tiefe Spuren im politischen Empfinden der Menschen hinterlassen hat. Insbesondere viele junge Menschen in Tunesien sind heute desillusioniert, was Ihre Erwartungen an die Politik des Landes, aber viel schlimmer noch, bezüglich ihrer eigenen politischen Möglichkeiten und persönlichen Zukunft anlangt. Hier braucht das Land – auch als Vorbildwirkung für die Region – die Hilfe seiner europäischen



Nachbarn, um den angestoßenen Prozess zu begleiten, die jungen Menschen für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement zu begeistern und so die demokratische Zukunft Tunesiens abzusichern.“

Das Projekt RESO hat sich nun genau dieses Ziel gesetzt. Es wird getragen von einer Handvoll bestens ausgebildeter junger Leute, die durch ein Multiplikatorensystem junge Tunesier für ein gesellschaftliches Engagement gewinnen wollen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die bereits seit vielen Jahren in Tunesien aktiv ist und Aufbauhilfe leistet, ist von der Professionalität des Projektes überzeugt und unterstützt es bereits. Doch um eine flächendeckende Präsenz im Land zu realisieren, fehlen noch Mittel. Die NRWSPD hat sich daher entschieden, mit diesem Aufruf um Unterstützung aus allen Unterbezirken des Landes für das Projekt zu bitten. Ziel dabei ist, 30.000 Euro in NRW einzuwerben. Natürlich sind Spenden steuerlich abzugsfähig. Wir bitten euch deshalb: Diskutiert in den Ortsvereinen und Unterbezirken, ob ihr helfen könnt. Nähere Informationen zum Projekt RESO könnt ihr gerne über dietmar.bell@landtag.nrw.de anfordern. Spenden bitte auf das Konto des Freundschaftsvereins Wuppertal-Tabarka, Kto. 552752 bei der Stadtparkasse Wuppertal, BLZ 33050000, mit dem Förderzweck RESO. ■

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf |
REDAKTION: Christian Obrok | **E-MAIL:** vorwaerts@nrwspd.de | **INTERNET:** www.nrwspd.de

TÜRKISCHE DELEGATION DER CHP ZU GESPRÄCHEN IN DÜSSELDORF

Im November durften unsere stellv. Landesvorsitzende Britta Altenkamp MdL und Serdar Yüksel MdL eine hochrangige Delegation unserer türkischen Schwesterpartei Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei, CHP) zu Gesprächen in Düsseldorf begrüßen. Osman Faruk Loğoğlu, stellv. Bundesvorsitzender der CHP und Mitglied der Großen Nationalversammlung der Türkei und Atila Kart, ebenfalls Mitglied im türkischen Bundestag, kamen im Rahmen ihrer Deutschlandreise in die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt. Mit Tayfun Keltek, dem Vorsitzenden des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen und Erdal Tekin, Vorstandsmitglied der Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten (HDF), nahmen zwei weitere Experten für die türkische Community in Deutschland an dem Treffen teil. In dem von Freundschaft und Vertrauen geprägten Gespräch ging es unter anderem um das Teilhabe- und Integrationsgesetz für Nordrhein-Westfalen und die Situation der in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus berichteten unsere sozialdemokratischen Genossen sehr eindrücklich über die schwierigen politischen Rahmenbedingungen und die großen Herausforderungen für die Demokratie in der Türkei. Den Abschluss des Besuchs bildete der Rundgang durch die Ausstellung zum 50. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens im Düsseldorfer Landtag. ■

